

**Bericht und Antrag
des Regierungsrates des Kantons Schaffhausen
an den Kantonsrat
betreffend Genehmigung der Notverordnung über Sofortmassnahmen
zur Bewältigung der Coronavirus-Krise**

Sehr geehrter Herr Präsident

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen gestützt auf Art. 68 Abs. 2 der Kantonsverfassung (SHR 101.000) eine Vorlage zur Genehmigung der Notverordnung über Sofortmassnahmen zur Bewältigung der Coronavirus-Krise vom 24. März 2020 (CoronaNotV).

Unserem Antrag schicken wir folgende Erläuterungen voraus.

1. Ausgangslage

Der Bundesrat hat aufgrund der Entwicklung der Situation mit dem Coronavirus (COVID-19) die Situation in der Schweiz am 16. März 2020 als ausserordentliche Lage im Sinne des Epidemiengesetzes (SR 818.101) erklärt und die Massnahmen zum Schutz der Bevölkerung weiter verschärft (Verordnung 2 über Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus (COVID-19) [COVID-19-Verordnung-2; SR 818.101.24]) vom 13. März 2020, Änderung vom 20. März 2020. Gestützt auf das kantonale Bevölkerungsschutzgesetz (SHR 500.100) hat der Regierungsrat mit Beschluss vom 17. März 2020 (Protokoll-Nr. 9/177) den Notstandsfall zur Kenntnis genommen und ergänzende Massnahmen angeordnet, welche sich an die Öffentlichkeit richten.

Ebenso hat der Bundesrat am 20. März 2020 ein umfassendes Massnahmenpaket zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise kommuniziert und entsprechende Verordnungen erlassen oder in Aussicht gestellt. Dieses Massnahmenpaket beinhaltet unter anderem Liquiditätshilfen für Unternehmen, die Ausweitung und Vereinfachung der Kurzarbeit, Entschädigungen für Erwerbsausfälle infolge behördlicher Massnahmen zur Bekämpfung des Corona-Virus sowie Soforthilfen und Ausfallentschädigungen im Kulturbereich und Unterstützungsleistungen für Sportorganisationen.

Die Corona-Krise stellt die Schaffhauser Volkswirtschaft vor grosse Herausforderungen. Die Situation hat sich mit den vom Bundesrat mit Notrecht beschlossenen Einschränkungen des öffentlichen

und wirtschaftlichen Lebens weiter verschärft. Viele Betriebe stehen vor existentiellen Herausforderungen. Es droht eine schwerwiegende Störung der öffentlichen Ordnung im Sinne des Eintritts von erheblichen sozialen Notlagen.

Der Regierungsrat kann ohne gesetzliche Grundlage Massnahmen ergreifen, um eingetretenen oder unmittelbar drohenden schwerwiegenden Störungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit sowie sozialen Notständen zu begegnen (Art. 68 Abs. 1 KV). Dergestalt erlassene Notverordnungen muss er sofort dem Kantonsrat zur Genehmigung unterbreiten; sie fallen spätestens ein Jahr nach ihrem In-Kraft-Treten dahin (Art. 68 Abs. 2 KV).

Das vom Regierungsrat am 17. März 2020 angekündigte und am 24. März 2020 beschlossene Massnahmenpaket zur Unterstützung der Schaffhauser Volkswirtschaft enthält Unterstützungsmassnahmen im Rahmen einer Notverordnung über Sofortmassnahmen zur Bewältigung der Coronavirus-Krise vom 24. März 2020 (nachfolgend Ziff. 2 und 3) sowie Massnahmen, die sich auf das geltende Recht stützen (nachfolgend Ziff. 4). Die Unterstützungsmassnahmen sollen als Ergänzung der Bundesmassnahmen und der Möglichkeiten des kantonalen Rechts der Schaffhauser Volkswirtschaft inklusive den Bereichen Kultur und Sport im Bedarfsfall unkompliziert und lösungswirksam Hilfestellung bieten.

2. Die Massnahmen der Notverordnung über Sofortmassnahmen zur Bewältigung der Coronavirus-Krise

Die Massnahmen des Bundes sind zielführend und wirksam, reichen aber nach Auffassung des Regierungsrates nicht aus, um die Schaffhauser Volkswirtschaft genügend zu unterstützen. Mit den ergänzenden Massnahmen sollen die wirtschaftlichen Folgen der Coronavirus-Krise im Kanton Schaffhausen weiter abgefedert werden und eine nachhaltige Schädigung des Kantons Schaffhausen als Lebens- und Wirtschaftsstandort verhindert werden (Art. 1 CoronaNotV). Die Unterstützungsmassnahmen sind subsidiär zu den Bundesmassnahmen (Art. 2 CoronaNotV). In diesem Sinne bilden die Massnahmen ein Auffangnetz zu den Bundesmassnahmen für Sachverhalte, die durch die Bundesmassnahmen nicht oder nicht genügend abgefedert werden.

Als Unterstützungsmassnahmen sind vorgesehen (Art. 3 Abs. 1 CoronaNotV): Bürgschaften für ergänzende Überbrückungskredite, sofern sich die vom Bund verbürgten Bankdarlehen (max. 10 % des Jahresumsatzes) als zu wenig wirksam erweisen. Dafür sollen insgesamt 30 Millionen Franken zur Verfügung stehen. Härtefallentschädigungen für Betriebe, Selbständig-Erwerbende und anderweitig Betroffene, die vom Bundesprogramm nicht berücksichtigt werden bzw. dort durch die Maschinen fallen sowie zur Abwendung drohender Abhängigkeit von Sozialhilfe. Dafür sollen insgesamt 15 Millionen Franken zur Verfügung stehen. Für die Milderung von Ertragsausfällen im Kultur- und Sportbereich, soweit sie durch Bundesmassnahmen oder anderweitig nicht genügend abgedeckt sind. Dafür sollen insgesamt 5 Millionen Franken zur Verfügung stehen.

Alle Nothilfemassnahmen des Kantons sind in ihrer Gesamtheit finanziell limitiert. Bereits aus diesem Grund besteht kein Rechtsanspruch auf die einzelnen Leistungen. Damit kann auch verhindert werden, dass anderweitig benötigte Mittel mit Rechtsstreitigkeiten blockiert werden.

Für die Finanzierung der Massnahmen hat der Regierungsrat einen Rahmenkredit im Sinne von Art. 19 Abs. 1 und 3 Finanzhaushaltsgesetz (FHG; SHR 611.100) beschlossen (Art. 3 Abs. 2 Corona-NotV). Damit dieser Rahmenkredit bzw. die getätigten Ausgaben nicht die laufenden Rechnungen der Jahre 2020 und 2021 belasten, beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat separat im Rahmen der Genehmigung der Staatsrechnung 2019 die Bildung einer finanzpolitischen Reserve gemäss Art. 12a FHG zulasten der Rechnung 2019. Die finanzpolitische Reserve wird im Rahmen der Verabschiedung der Staatsrechnung 2019 formell zu beschliessen sein. Lehnt der Kantonsrat die Bildung einer finanzpolitischen Reserve ab, werden die entsprechenden Ausgaben in Anwendung der CoronaNotV in den Jahren 2020 und 2021 rechnungswirksam.

3. Erläuterungen der einzelnen Massnahmen

3.1. Bürgschaften für ergänzende Überbrückungskredite (Art. 4 f. CoronaNotV)

Die vom Bundesrat angekündigten Liquiditätshilfen für Unternehmen sind in Form von Bürgschaften für Überbrückungskredite vorgesehen. Diese sind ein wesentliches Element zur Erhaltung der Liquidität der Unternehmen zur Deckung ihrer laufenden Kosten. Sie sind aber erst in vagen Grundzügen bekannt und sollen auf bestehenden Strukturen der Bürgschaftsgenossenschaften aufbauen. Dabei sollen betroffene Unternehmen bis zu 10% ihres Jahresumsatzes bis maximal 20 Millionen Franken verbürgt erhalten. Für Darlehen bis 500'000 Franken ist eine Bürgschaft im Umfang von 100% vorgesehen. Für darüberhinausgehende Darlehen eine solche im Umfang von 85%. Ob und inwiefern für die Bürgschaften weitere Voraussetzungen verlangt werden und wie der Ablauf bei der Verbürgung von Darlehen vorgesehen ist, ist noch nicht bekannt. Die Limitierung der verbürgten Darlehen auf 10% des Jahresumsatzes, mithin knapp mehr als einen Monatsumsatz, macht vor dem Hintergrund der erleichterten Kurzarbeitsentschädigungen in der Mehrzahl der Fälle Sinn. Wie lange die Unternehmen ihre Liquidität mit diesen Darlehen erhalten können, wird sich im Einzelfall zeigen. Das Verhältnis zwischen den Personalkosten und den nicht über Kurzarbeit abgesicherten Fixkosten wird dabei eine entscheidende Rolle spielen. Aufgrund des aktuellen Kenntnisstandes muss einstweilen davon ausgegangen werden, dass die Bürgschaften des Bundes sehr viele, aber nicht alle Fälle ausreichend abdecken werden. Betrieben, deren Liquiditätsbedarf für maximal sechs Monate nicht durch die Bürgschaften des Bundes abgedeckt werden kann, ist subsidiär eine kantonale Bürgschaft (Solidarbürgschaft) im Umfang von 85% der belehnten Summe bis zu einem maximalen Darlehensbetrag von 500'000 Franken bereitzustellen. Dadurch kann der Spielraum der Banken bei der Gewährung von Überbrückungskrediten für Schaffhauser Betriebe der besonderen Lage angepasst werden.

3.2. Härtefallentschädigung (Art. 5 f. CoronaNotV)

Erleiden Unternehmen, Selbständigerwerbende oder Einrichtungen aufgrund der Corona-Krise Ertragsausfälle und können diese durch das Massnahmenpaket des Bundes nicht oder im Vergleich zu anderen Unternehmen nur erheblich geringer abgefedert werden, soll dieser Nachteil durch Härtefallentschädigungen ausgeglichen werden. Im Fokus stehen dabei Unternehmen und Einrichtungen, welche trotz erheblicher Umsatzeinbussen ihren Betrieb aufrechterhalten müssen und daher keine Kurzarbeit anmelden können.

3.3. Abwendung drohender Abhängigkeit von Sozialhilfe (Art. 8 CoronaNotV)

Die berufliche Wiedereingliederung erschwert sich, je länger Personen aus dem ersten Arbeitsmarkt ausgeschieden sind. Die weltweite Belastung der Wirtschaft durch die Corona-Krise verstärkt diesen Effekt. Für Personen, welche nach Ablauf der Rahmenfrist der Arbeitslosenversicherung weiterhin ohne Erwerbseinkommen sind, können gestützt auf das Arbeitslosenhilfegesetz Anschlussstaggelder gewährt und Anstellungsprogramme unterstützt werden. In beiden Fällen wird vorausgesetzt, dass die Betroffenen in wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen leben. Bei den Anschlussstaggeldern ergibt sich dieses Erfordernis direkt aus dem Arbeitslosenhilfegesetz, bei den Anstellungsprogrammen aus § 4 der Verordnung zum Arbeitslosenhilfegesetz. Bei den Anstellungsprogrammen wird den Teilnehmenden unabhängig davon, ob die Programme durchgeführt werden können, eine monatliche Abgeltung von 3'000 Franken ausgerichtet. Die Anstellungsprogramme dauern in der Regel höchstens ein Jahr. Angesichts der aktuellen Notlage soll die Teilnahme an Anstellungsprogrammen zur Vermeidung späterer Abhängigkeit von Sozialhilfe in Abweichung von § 4 der Verordnung zum Arbeitslosenhilfegesetz unabhängig von den wirtschaftlichen Verhältnissen zugelassen werden. Das Arbeitsamt und das Sozialversicherungsamt werden angewiesen, die Teilnahme an Anstellungsprogrammen nach Möglichkeit zuzulassen. Die dadurch dem Sozialfonds entstehenden Mehrkosten sind durch Ausgleichszahlungen in den Sozialfonds auszugleichen.

3.4. Kulturbereich (Art. 9 f. CoronaNotV)

Der Bund unterstützt subsidiär zu seinen anderen Massnahmen Kulturunternehmen mittels zinslosen Darlehen. Kulturschaffende erhalten nicht rückzahlbare Nothilfen zur Deckung der Lebenshaltungskosten. Ferner sieht der Bund Ausfallentschädigungen aufgrund der Absage oder Verschiebung von Veranstaltungen oder aufgrund von Betriebsschliessungen vor. Die Ausfallentschädigungen betragen bei Kulturunternehmen und Kulturschaffenden maximal 80% des finanziellen Schadens. Im Laienbereich sieht der Bund Ausfallentschädigungen bis maximal 10'000 Franken vor. Die Gesuche um Nothilfe für Kulturschaffende sind beim Verein Suisseculture Sociale einzureichen. Die Entscheide über Soforthilfen für Kulturunternehmen und Ausfallentschädigungen für Kulturunternehmen und Kulturschaffende überträgt der Bund den Standortkantonen. Die Ausfallentschädigungen im Laienbereich werden den vom Bund unterstützten Verbänden übertragen. Mit Ausnahme der Ausfallentschädigungen bei den Kulturunternehmen und Kulturschaffenden trägt der Bund die Kosten der von ihm festgelegten Massnahmen im Kulturbereich zu 100%. Bei den Ausfallentschädigungen für die Kulturunternehmen und die Kulturschaffenden verlangt der Bund eine hälftige Beteiligung

der Kantone an den zugesagten Ausfallentschädigungen. Es sind daher Mittel für kantonale Äquivalenzleistungen im Kulturbereich bereitzustellen.

Weitere Unterstützung ist zu ermöglichen, wenn Kulturunternehmen, Kulturschaffende oder Kulturvereine im Laienbereich darzulegen vermögen, dass der finanzielle Schaden durch Verschiebungen und Absagen von Veranstaltungen oder Betriebsschliessungen trotz der Kulturfördermassnahmen des Bundes und allfälliger anderer Unterstützung nicht genügend gedeckt und der Fortbestand regelmässig durchgeführter Veranstaltungen und/oder Kulturbetriebe andernfalls nicht sichergestellt werden kann. Die Unterstützung darf dabei insgesamt 100% des finanziellen Schadens nicht überschreiten.

3.5. Sportbereich (Art. 11 f. CoronaNotV)

Der Bund unterstützt den Profisport und Sportorganisationen, welche Anlässe im Breitensport organisieren. Dabei stellt er einmalig Finanzhilfen zur Erhaltung der Liquidität für zwei Monate in Aussicht. Gerade bei sportlichen Grossveranstaltungen sind jedoch längerfristige Finanzplanungen zu berücksichtigen. Andernfalls muss befürchtet werden, dass diese Anlässe nicht aufrechterhalten werden können und die Vielfalt der sportlichen Attraktionen und Aktivitäten im Kanton Schaffhausen abnehmen wird. Als Auffangtatbestand sind daher auch für sportliche Aktivitäten Massnahmen vorzusehen.

3.6. Notrecht für Gemeinden (Art. 11 f. CoronaNotV)

Wie der Kanton sehen sich auch die Gemeinden ausserordentlichen Herausforderungen gegenüber. Damit sie diesen und insbesondere auch dem Aufruf des Regierungsrats, zur Bewahrung der Liquidität der Schaffhauser Volkswirtschaft beizutragen, rasch gerecht werden können, sind die Gemeinderäte für beschränkte Zeit mit erweiterten Finanzkompetenzen auszustatten. Die Gemeinderäte werden daher ermächtigt, finanzielle Entscheide zum Schutz der öffentlichen Ordnung und Sicherheit und zur Abwehr von wirtschaftlichen und sozialen Notständen zu treffen, die nach dem kantonalen und dem kommunalen Recht in die Zuständigkeit der Gemeindeversammlung oder des Einwohnerrates fallen.

3.7. Verfahren und Zuständigkeiten

Die Beschränkung der Mittel zur Umsetzung der Massnahmen führt dazu, dass kein Rechtsanspruch auf die darin enthaltenen Leistungen besteht. Der Entscheid über Leistungen im Rahmen des Notrechts ist vom Regierungsrat vorzunehmen. Eine Ausnahme hiervon ist die Bewilligung der Teilnahme an Anstellungsprogrammen für Personen in wirtschaftlich nicht bescheidenen Verhältnissen. Diesbezüglich wird lediglich eine Verordnung vorübergehend angepasst und es besteht eine gesetzliche Grundlage. An den Entscheidkompetenzen muss diesbezüglich nichts geändert werden. Im Übrigen sind für die Bearbeitung der Gesuche und die Antragstellung an den Regierungsrat folgende Zuständigkeiten festzulegen:

Bürgschaften für ergänzende Kredite:	Volkswirtschaftsdepartment
Härtefallentschädigungen für Betriebe, ständigerwerbende und anderweitig Betroffene	Volkswirtschaftsdepartement unter Beizug Selb-der thematisch zuständigen Departemente
Kultur- und Sportbereich	Erziehungsdepartement

Die zuständigen Departemente haben die Einhaltung der den jeweiligen Massnahmen zugewiesenen Mittel zu überwachen. Daher wird bei den Härtefallentschädigungen, bei welchen mehrere Departemente in Frage kommen, von einer geteilten Zuständigkeit abgesehen. Die Antragstellung an den Regierungsrat hat nach Möglichkeit mittels Sammelanträgen zu erfolgen.

Soweit seitens des Kantons über Anträge bezüglich Kultur und Sport zu befinden ist, welche ganz oder teilweise (Ausfallentschädigungen) vom Bund finanziert werden, wird die Zuständigkeit ebenfalls dem Erziehungsdepartement zugewiesen. Aufgrund der vom Bund vorgesehenen Kostenbeteiligung des Kantons bei Ausfallentschädigungen sowie aufgrund des inneren Zusammenhangs der jeweiligen Unterstützungsmassnahmen sind auch die vom Bund ganz oder teilweise finanzierten Unterstützungen dem Regierungsrat zur Genehmigung vorzulegen.

4. Weitere Massnahmen

4.1. Kulanz bei Zahlungsfristen

Um die Liquidität der Dienstleister und Lieferanten, die für den Kanton tätig sind, zu erhöhen, werden eingehende Kreditorenrechnungen von der kantonalen Verwaltung umgehend geprüft und die Zahlungen schnellstmöglich ausgelöst. Für bestehende Debitorenrechnungen gilt ein Mahnstopp bis einstweilen 19. April 2020. Die Zahlungsfristen für Rechnungen seitens des Kantons dehnt der Regierungsrat auf 120 Tage aus. Der Regierungsrat ruft alle Gemeinden und die öffentlich-rechtlichen Anstalten sowie privatrechtlich organisierte Betriebe des Kantons auf, ihm nach Möglichkeit zu folgen.

4.2. Massnahmen zur Entlastung der Steuerpflichtigen

Die ordentliche Frist (31. März 2020) zur Einreichung der Steuererklärung 2019 für die gesamte Bevölkerung (natürliche Personen) wurde bis 30. Juni 2020 erstreckt. Der Versand von Mahnungen und Bussen wird vorerst bis zum 19. April 2020 ausgesetzt. Basierend auf Art. 176 StG setzt das Finanzdepartement die Höhe der Ausgleichs-, Verzugs- und Rückerstattungszinsen mittels Verfügung fest. Aktuell betragen diese für Kantons- und Gemeindesteuern 5 Prozent. Die Verfügung des Finanzdepartements des Kantons Schaffhausen wird dahingehend geändert, dass der Verzugszins, also der Zins für Steuernachforderungen und für verspätet entrichtete Steuern, ab dem 1. März 2020 bis zum 31. Dezember 2020 0 Prozent beträgt. Diese Regelung soll für die Einkommens- und Vermögenssteuern sowie für die Gewinn- und Kapitalsteuern (jedoch namentlich nicht für die Nach- und Strafsteuern) gelten. Davon werden auch Steuersubjekte profitieren, deren mangelnde Liquidität

nicht auf die aktuelle Wirtschaftssituation zurückzuführen ist. Mit dem Ausschluss der Verzugszinsprivilegierung für die Nach- und Strafsteuern kann aber vermieden werden, dass die diesbezüglich Betroffenen von einem sachfremden Grund profitieren. Gestützt auf Art. 181 Abs. 1 Steuergesetz wird die Steuerbehörde sodann ab sofort im Rahmen des Vertretbaren die Zahlungsfrist erstrecken oder Ratenzahlungen bewilligen. Es ist darauf hinzu weisen, dass bei einem Wegfall der Verzugszinsen und einer grosszügigen Handhabung von Zahlungsfristen oder Ratenzahlungen das Ausfallrisiko zunehmen wird. Dies muss in der aktuellen Situation aber in Kauf genommen werden.

Die Reduktion des Verzugszinses ab dem 1. März 2020 auf 0 Prozent führt für 2020 zu einem zu erwartenden Ausfall von rechnerisch 830'000 Franken, wovon der Anteil des Kantons rund 50 Prozent beträgt. Dieser Einnahmenverzicht fällt in die gesetzliche Kompetenz des Finanzdepartements und bedarf keiner Bewilligung.

4.3. Anpassung des kantonalen Massnahmenpaketes an Massnahmen des Bundes

Die Notverordnung über Sofortmassnahmen zur Bewältigung der Coronavirus-Krise vom 24. März 2020 tritt am 25. März 2020 in Kraft. Das Massnahmenpaket des Kantons Schaffhausen ist auf die Soforthilfen des Bundes abgestimmt und ergänzt diese. Am 25. März 2020 wird der Bund sein wirtschaftliches Hilfsprogramm vollständig ausformulieren und entsprechende Verordnungen erlassen. Im aktuellen Zeitpunkt ist somit noch nicht in allen Details klar, wie die Massnahmen des Bundes konkret ausformuliert sein werden. Es ist daher nicht ausgeschlossen, dass die Notverordnung des Kantons in Einzelpunkten zu präzisieren und anzupassen sein wird. Sollte das der Fall sein, würde eine solche Anpassung dem Kantonsrat ebenfalls zur Genehmigung vorgelegt werden.

5. Administrative Auswirkungen

Es versteht sich von selbst, dass die Bewältigung der Corona-Krise ganz generell auch ganz erhebliche Auswirkungen auf die kantonale Verwaltung und dort insbesondere auf einzelne, ausserordentlich stark betroffene Dienststellen hat und weiterhin haben wird. Ebenso klar ist, dass die Administration und Umsetzung der hier vorgestellten Massnahmen zu einer weiteren Zusatzbelastung für die hierfür zuständigen Dienststellen und Departemente führen wird. Ob die bestehenden Ressourcen dafür ausreichen werden, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht beurteilt werden. Gleiches gilt für die konkreten finanziellen Auswirkungen der Corona-Krise für die kantonale Verwaltung und für die Administration der hier vorgestellten Massnahmen.

*Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren*

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beantragen wir Ihnen, die Notverordnung über Sofortmassnahmen zur Bewältigung der Coronavirus-Krise vom 24. März 2020 (CoronaNotV) zu genehmigen.

Schaffhausen, 24. März 2020

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

Martin Kessler

Der Staatsschreiber:

Dr. Stefan Bilger

Anhang:

- *Notverordnung über Sofortmassnahmen zur Bewältigung der Coronavirus-Krise vom 24. März 2020 (CoronaNotV)*

Verordnung über Sofortmassnahmen zur Bewältigung der Coronavirus-Krise

20-26

vom 24. März 2020

Der Regierungsrat des Kantons Schaffhausen,

gestützt auf Art. 68 der Verfassung des Kantons Schaffhausen vom 17. Juni 2002 und Art. 16 Abs. 1 des Bevölkerungsschutzgesetzes vom 22. August 2016

verordnet:

I. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1

Diese Verordnung hat zum Ziel, die im Kanton Schaffhausen entstandenen wirtschaftlichen Folgen des Coronavirus abzufedern und eine nachhaltige Schädigung des Kantons Schaffhausen als Lebens- und Wirtschaftsstandort zu verhindern.

Gegenstand
und Zweck

Art. 2

Die Unterstützungsmassnahmen nach dieser Verordnung kommen nur soweit zur Anwendung, als nicht Massnahmen des Bundes in Zusammenhang mit der Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen des Coronavirus zur Anwendung kommen. Sie sind auf die vom Bund beschlossenen oder in Aussicht gestellten Massnahmen abzustimmen.

Verhältnis zu
den Massnahmen des Bundes

Art. 3

¹ Diese Verordnung sieht folgende Unterstützungsmassnahmen vor:

- a) Bürgschaften für Überbrückungskredite;
- b) Härtefallentschädigungen;
- c) Massnahmen zur Abwendung drohender Abhängigkeit von Sozialhilfe;
- d) Massnahmen zum Erhalt der kulturellen Vielfalt.

Unterstützungsmassnahmen

² Für die Unterstützungsmassnahmen nach dieser Verordnung werden finanzielle Mittel in der Höhe von maximal 50 Mio. Franken (Rahmenkredit) zur Verfügung gestellt.

³ Es besteht kein Rechtsanspruch auf Leistungen nach dieser Verordnung.

II. Unterstützungsmassnahmen

Art. 4

Bürgschaften

¹ Zur Vermeidung von Zahlungsunfähigkeit infolge des Coronavirus kann der Regierungsrat gegenüber Banken im Sinne des Bundesgesetzes über die Banken und Sparkassen (SR 952.0) Bürgschaften im Sinne von Art. 496 OR gewähren, soweit

- a) mit diesen Bürgschaften Überbrückungskredite zur Sicherung der Liquidität von Betrieben mit Sitz oder Arbeitsstätten im Kanton Schaffhausen abgesichert werden, und
- b) die Liquidität nicht anderweitig, namentlich durch Massnahmen des Bundes, für die Monate April bis September 2020 sichergestellt werden kann.

² Mit den Bürgschaften werden Darlehen in der Höhe von 20'000 Franken bis maximal 500'000 Franken abgesichert.

³ Die Bürgschaften werden im Umfang von 85% der Darlehen gewährt.

⁴ Der Zinssatz richtet sich nach den Bundesvorgaben.

Art. 5

Verfahren für die Gewährung von Bürgschaften

Gesuche sind von der kreditgebenden Bank beim Volkswirtschaftsdepartment einzureichen. Dieses prüft die Gesuche und unterbreitet sie dem Regierungsrat zum Entscheid

Art. 6

Härtefallentschädigungen

¹ Unternehmen, Selbständigerwerbenden oder Einrichtungen des Privatrechts kann der Regierungsrat Härtefallentschädigungen ausrichten, soweit

- a) diese Ertragseinbussen aufgrund des Coronavirus erleiden;
- b) ihre Nachteile nicht oder nicht ausreichend in anderer Weise, namentlich durch Massnahmen des Bundes oder andere Massnahmen des Kantons Schaffhausen abgedeckt werden, und sie im Vergleich zu den anderen Unternehmen, Selbständigerwerbenden oder Einrichtungen deutlich schlechter gestellt werden.

² Die Härtefallentschädigung darf zusammen mit allfälligen anderen Unterstützungen nicht zu einer Besserstellung gegenüber den anderen Unternehmen, Selbständigerwerbenden oder Einrichtungen führen.

Art. 7

Gesuche sind beim Volkswirtschaftsdepartment einzureichen. Dieses prüft die Gesuche und unterbreitet sie dem Regierungsrat zum Entscheid.

Verfahren für die Gewährung von Härtefallentschädigungen

Art. 8

¹ In Abweichung von § 4 der Verordnung zum Arbeitslosenhilfegesetz wird für die Teilnahme an Anstellungsprogrammen nicht vorausgesetzt, dass die teilnehmende Person in wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen lebt.

Massnahmen zur Abwendung drohender Abhängigkeit von Sozialhilfe

² Die durch die Abweichung von § 4 der Verordnung zum Arbeitslosenhilfegesetz verursachten Mehrkosten werden mittels Einlagen in den Sozialfonds ausgeglichen.

Art. 9

¹ Der Regierungsrat kann Ausfallentschädigungen im Sinne von Art. 8-9 der Verordnung des Bundes über die Abfederung der wirtschaftlichen Auswirkungen des Coronavirus (COVID-19) im Kultursektor vom 20. März 2020 (COVID-Verordnung Kultur) sprechen.

Massnahmen zur Erhaltung der kulturellen Vielfalt

² Der Regierungsrat kann zusätzlich zu den Ausfallentschädigungen gemäss Art. 8-10 COVID-Verordnung Kultur Kulturunternehmen, Kulturschaffenden und Kulturvereinen weitere Ausfallentschädigungen bis maximal zum vollständigen Ausgleich ihres finanziellen Schadens ausrichten soweit

- a) der finanzielle Schaden nicht durch andere Massnahmen gedeckt wird, und
- b) der Fortbestand regelmässig durchgeführter Veranstaltungen und/oder von Kulturbetrieben anderweitig nicht sichergestellt werden kann.

³ Entgangener Gewinn gilt nicht als Schaden im Sinne dieser Verordnung.

Art. 10

Verfahren für die Gewährung von Massnahmen zur Erhaltung der kulturellen Vielfalt

Gesuche sind beim Erziehungsdepartment einzureichen. Dieses prüft die Gesuche und unterbreitet sie dem Regierungsrat zum Entscheid.

Art. 11

Massnahmen zur Erhaltung der Vielfalt im Sportbereich

Der Regierungsrat kann zusätzlich zu den Finanzhilfen gemäss Art. 2-8 der Verordnung des Bundes über Begleitmassnahmen im Sportbereich zur Abfederung der Folgen von Massnahmen des Bundes zur Bekämpfung des Coronavirus (COVID-Verordnung Sport) Organisationen im Sinne der COVID-Verordnung Sport unterstützen, soweit diese begründet darzulegen vermögen, dass

- a) der Fortbestand regelmässig durchgeführter Anlässe im Sportbereich wie namentlich Wettkämpfe anderweitig nicht sichergestellt werden kann, und
- b) die erforderlichen Finanzmittel nicht durch andere Massnahmen gedeckt werden können.

Art. 12

Verfahren für die Gewährung von Massnahmen zur Erhaltung der Vielfalt im Sportbereich

Gesuche sind beim Erziehungsdepartment einzureichen. Dieses prüft die Gesuche und unterbreitet sie dem Regierungsrat zum Entscheid.

III. Notrecht für Gemeinden

Art. 13

Dringliche Massnahmen durch Gemeinden

¹ Die Gemeinderäte werden ermächtigt, finanzielle Entscheide zum Schutz der öffentlichen Ordnung und Sicherheit und zur Abwehr von wirtschaftlichen und sozialen Notständen zu treffen, die nach dem kantonalen und dem jeweils kommunalen Recht in die Zuständigkeit der Gemeindeversammlung oder des Einwohnerrates fallen.

² Diese Ermächtigung gilt bis zum 19. April 2020.

IV. Schlussbestimmung

Art. 14

¹ Diese Verordnung tritt am 25. März 2020 in Kraft.

Inkrafttreten

² Sie wird dem Kantonsrat zur Genehmigung unterbreitet

³ Sie ist im Amtsblatt zu veröffentlichen und in die kantonale Gesetz-
zessammlung aufzunehmen.

Schaffhausen, 24. März 2020

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

Martin Kessler

Der Staatsschreiber:

Dr. Stefan Bilger